

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 185 (2019)

Heft: 10

Artikel: Vorsitzende der CDU und Verteidigungsministerin

Autor: Puhl, Detlef

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-862736>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Vorsitzende der CDU und Verteidigungsministerin

Anneliese Kramp-Karrenbauer ist seit Dezember 2018 Vorsitzende der CDU und seit Juli 2019 Verteidigungsministerin, Nachfolgerin von Ursula von der Leyen. In spätestens zwei Jahren Nachfolgerin von Angela Merkel zu werden, ist ihr ehrgeiziges Ziel. Es ist allerdings nicht sicher, ob sie zwei Jahre Zeit hat, um sich durchzusetzen. Der Weg ist voller Hindernisse, insbesondere wegen der Schwäche der regierenden Koalition und der Unsicherheit dreier Landtagswahlen in der einstigen DDR.

Detlef Puhl

Angela Merkel mag Überraschungen. Die Kanzlerin hat mit den Ernennungen von Ursula von der Leyen an die Spitze der europäischen Kommission und nun von Anneliese Kramp-Karrenbauer, der neuen Chef der CDU, als Verteidigungsministerin bewiesen, dass sie noch führen kann.

Niemand hätte sich diese Entscheidungen vorstellen, geschweige denn planen können. Für die Betroffenen ist der politische Vorteil offensichtlich: keine Spekulationen und noch weniger störende, langatmige Diskussion vor der Entscheidung. Das liebste Spiel der Begleiter, der Beobachter und der politischen Kommentatoren hat nicht stattgefunden. Allerdings kommt ein Nachteil mit einher: Die Spekulationen über die nächsten Überraschungen haben schon begonnen, auch zur Frage, ob wirklich Merkel im Ursprung dieser Entscheidungen stand.

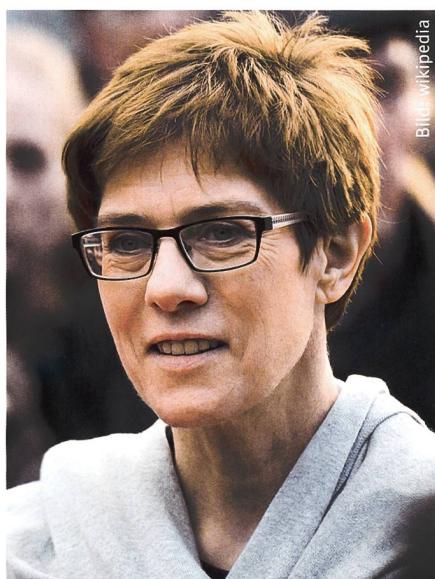
Die Kanzlerin hat nicht verheimlicht, dass sie sich dem Vorschlag, den offenbar Emmanuel Macron zur Wahl von Ursula von der Leyen als Kommissionspräsidentin gemacht hat, um damit die Europäische Union aus einer Sackgasse zu lotsen, schlicht nicht widersetzt hat. Zur Wahl von Anneliese Kramp-Karrenbauer (AKK) als Verteidigungsministerin gibt es gute Gründe anzunehmen, dass die Chef der CDU sich selbst vorgeschlagen hat, was ihr die Kanzlerin nicht verweigern konnte.

Beide Vorschläge waren willkommen. Zudem konnten die drei Frauen ihre Entscheidungen als Beweis ihres politischen Könnens darlegen, weder ihre Ernsthaftigkeit noch ihre Hartnäckigkeit sollten angezweifelt werden. In Anbetracht der deutschen politischen Lage können wei-

tere Überraschungen, in naher Zukunft, nicht ausgeschlossen werden.

Die Regierung oder die Partei?

AKKs Schwäche als Vorsitzende der CDU hat sie dazu veranlasst, einen Sitz im Kabinett einzunehmen und dies obwohl sie nur wenige Tage davor in einem Interview bestätigt hatte, dass sie ihre



Anneliese Kramp-Karrenbauer.

Entscheidungen von 2017, einen Posten in der Regierung (sie war Ministerpräsidentin des Saarlandes) aufzugeben zu Gunsten der Partei (sie wurde so Generalsekretärin der CDU auf Bundesebene), weil viel Arbeit warte, um die CDU im Hinblick auf die nächsten Wahlen aufzurichten. Aber nach ihrer knappen und überraschenden Wahl an die Spitze ihrer Partei im vergangenen Dezember hat sie bis heute ihren richtigen Platz noch nicht gefunden.

Ohne Mandat im Parlament, ohne ministeriale Wahrnehmung, wurde AKK nach der Niederlage der CDU in den europäischen Wahlen in der eigenen Partei in Frage gestellt; man begann zu zweifeln, ob sie die Fähigkeiten dazu hat, Angela Merkel zu ersetzen, sobald sich diese dazu entscheidet, ganz von der politischen Bühne abzutreten. Das Risiko bestand, dass, je länger sie auf eine herausgehobenere Rolle wartete, desto mehr Zweifel an ihr aukamen und andere sich für die Kanzlerkandidatur in Stellung bringen. Sie musste somit die Chance wahrnehmen, die sich nach der notwendigen Umbesetzung im Kabinett wegen des Rücktritts von Ursula von der Leyen aus der Bundesregierung unmittelbar vor ihrer Bestätigung durch das europäische Parlament ergab.

AKK hat in ihren ersten Grundsatzklärungen als Verteidigungsministerin unterstrichen, dass durch die Übernahme dieses Ministeriums durch die Vorsitzende der CDU die Themen Verteidigung und internationale Sicherheit innerhalb der Regierung eine grössere Bedeutung einnehmen würden – als ob sie diese bis anhin nicht gehabt hätten.

Was sie nicht gesagt hat, aber in Berlin zu Diskussionen Anlass gibt, dürfte die Tatsache sein, dass die Verantwortung für die internationale Sicherheit und die Verteidigung, mit dem gewichtigen dazugehörigen Budget, ihr die ministerielle Sichtbarkeit verleihen würde, die ihr bis anhin gefehlt hat sowie eine internationale Präsenz, die im Hinblick auf ihre zukünftigen Aufgaben wichtig wären.

Hier liegt der grösste Vorwurf, den man ihr macht, dass sie ihre Meinung zu einer Mitarbeit in der Bundesregierung von Merkel nur geändert hat, um zu demonstrieren, dass sie in der Lage sein wird, diese zu führen. Tatsächlich hätte sie im bes-



Bild: Bundesregierung

Die Ernennung zur Verteidigungsministerin;
v.l.n.r.: Berlins regierender Bürgermeister
Müller, stellvertretend für Bundespräsident
Frank-Walter Steinmeier, AKK, Ursula von
der Leyen, Bundeskanzlerin Angela Merkel.

ten Fall die Führung der Bundeswehr bis zu den nächsten Parlamentswahlen innegehabt, die in zwei Jahren vorgesehen sind. Merkel hat mehrmals deutlich gemacht, dass sie sich spätestens 2021 endgültig aus dem politischen Leben zurückziehen werde; es wird dann der Vorsitzenden der CDU, AKK, vorbehalten sein, das Amt der Bundeskanzlerin anzustreben und somit ihren soeben eingenommenen Posten wieder zu verlassen.

Die Streitkräfte aufrichten

Werden zwei Jahre an der Spitze der Bundeswehr ausreichen, um eine Armee, die mit einer Vielzahl von Problemen konfrontiert ist, aufzurichten? Probleme mit der Beschaffung und dem Unterhalt schlecht funktionierender Ausrüstung? Probleme mit der Ausbildung und Erziehung der Soldaten? Probleme mit neuen internationalen Herausforderungen wie etwa Umbrüche der internationalen Ord-

nung, die Herausforderungen der NATO, die Rolle der USA oder Europas in der Welt? Man darf nur hoffen, dass sie, falls die CDU die Wahlen gewinnt und sie als Kanzlerin gewählt wird, nicht vergisst, was sie als Ministerin in Gang gesetzt hat, um die Verteidigung in Ordnung zu bringen.

Ob sie dazu zwei Jahre Zeit haben wird? Nichts dürfte weniger sicher sein. Wird sie die Wahlen gewinnen? Auch das ist nicht sicher. Derzeit wird die Wahrscheinlichkeit, dass die Koalitionsregierung von Merkel nach 2019 weiterlebt, auf etwa 50% geschätzt.

Die Suche nach einer oder einem neuen Vorsitzenden der SPD, Partnerin der Koalition, scheint diejenigen zu bevorteilen, die diese Koalition beenden wollen, denen sie als eine Katastrophe für die älteste politische Partei Deutschlands erscheint. Ein Parteikongress ist für Dezember geplant, um eine Bilanz der Leistungen der Koalition nach der ersten Halbzeit der Legislaturperiode zu ziehen, wie im Koalitionsvertrag vorgesehen. Gleichzeitig soll die neue Parteileitung formell gewählt werden, nach einer Abstimmung per Internet der Parteimitglieder. Es ist sehr wohl denkbar, dass die Regierung Merkel dann zu ihrem Ende kommt.

AKK müsste in diesem Fall bereit sein, eine neue Regierung zu bilden. Basierend auf der Zusammensetzung des jetzigen Bundestags könnte sie versuchen, eine neue Mehrheit zu bilden, zum Beispiel mit den Grünen, die dazu schon 2017 bereit waren, und der FDP, die 2017 die Zusammenarbeit mit Merkel ablehnte, aber AKK akzeptieren würden. Allerdings hat sich das Kräfteverhältnis zwischen diesen beiden Parteien den Umfragen zu folge dramatisch verschoben. Sie könnte sich aber nach dem Austritt der SPD, dann auch als Vizekanzlerin, für vorgezogene Wahlen 2020 einsetzen. Der Bundespräsident, der als einziger die Macht hat, den Bundestag aufzulösen (nur wenn keine Mehrheit für eine Kanzlerin-/Kanzlerwahl sich abzeichnet), dürfte zögern, dies zu tun. Man kann somit nicht ausschliessen, dass Kramp-Karrenbauer nur wenige Monate im Bendlerblock, dem Sitz des Verteidigungsministeriums in Berlin, residieren wird.

Drei gefährliche Regionalwahlen

Noch vor der Entscheidung der SPD im Dezember kann sich die Lage für die Vorsitzende der CDU auch schon nach

Thales Suisse SA

Thales bringt SYNAPS

Thales präsentiert die Software-Defined-Breitband-Radio-Familie der nächsten Generation: SYNAPS, ein Hochleistungs-Kommunikationssystem zur Gefechtsführung im Verbund.

Der militärische Einsatzraum entwickelt sich zu einer komplexen Welt aus vernetzten digitalen Systemen. Mobile Einsatzkräfte benötigen leistungsstarke Kommunikationsnetze, welche zeitnah und sicher die richtigen Informationen zur Verfügung stellen. SYNAPS bietet diese Hochleistung und ermöglicht damit die Informationsüberlegenheit im gemeinsamen Einsatzraum.

- Einzigartige Fähigkeiten zum Einsatz im Verbund
- Zeitnahe Verteilung von taktischen Informationen
- Simultane Übertragung (Voice, Daten, Video, Chat, Blue Force Tracking)
- Ausgezeichnete Reichweite in urbanem und bergigem Gelände

- Einfache Migration von bestehenden Kommunikationsnetzen

Sichere Verbindung

SYNAPS basiert auf CONTACT, Europas grösstem Software Defined Radio-Programm. Die in SYNAPS implementierten Lösungen beruhen zudem auf langjähriger Erfahrung mit dem Schweizer Gelände und verschiedenen Untersuchungen und Messungen der VHF/UHF-Ausbreitung in der Schweiz. Die Systemarchitektur ist auf parallelen VHF- und UHF-Ad-Hoc-Kernnetzen aufgebaut, die in jedem Gerät gleichzeitig zugreifbar sind. Diese Cross-Banding-Funktion ist einzigartig. UHF-Kanäle und die damit verbundenen hohen Datenraten, werden automatisch und wann immer möglich für hohen

Durchsatz verwendet. Während Einsatzkritische kurze C4I-Informationen bei Bedarf über VHF-Verbindungen mit höherer Reichweite versendet werden können. Die SYNAPS-V-Plattform (V für Vehicle) verfügt zudem über eine SIMODual-Rx-Funktion (Anschluss für zwei Rx und eine TX-Antenne), welche die leistungsfähige Übertragung in urbaner als auch gebirgiger Umgebung mit sehr starker Mehrwegausbreitung unterstützt.

Multi-Services

Durch die Möglichkeit sowohl militärhierarchische, als auch über den geographischen Standort definierte Netze zu betreiben, bietet SYNAPS voneinander unabhängige und sichere Kommunikationsdienste:

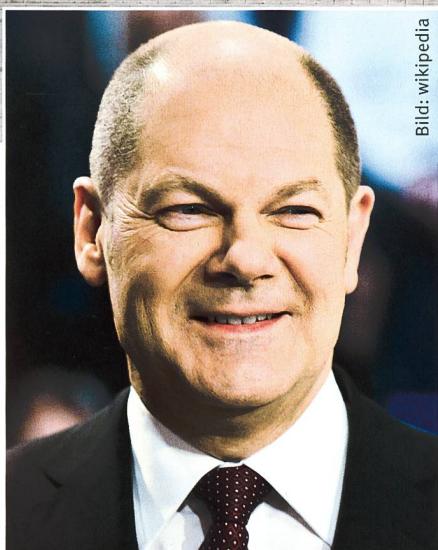
- Mehrere unabhängige Voice-Netze
- Netze zur schnellen Übermittlung von Positionen und Alarmen
- Netze für die Übermittlung von Video-Streams
- Datennetze zur Bestätigung von Befehlen

THALES





Bild: wikipedia



Finanzminister Olaf Scholz, SPD.

Bendlerblock Berlin.

Bild: BMVg

lich AKK Anfang November stehen? Das weiss heute niemand. Erwarten uns weitere Überraschungen? Das wäre keine Überraschung!

Daneben wird AKK sich den Herausforderungen im Bereich der Verteidigung stellen müssen. In ihrer ersten Grundsatzklärung vor dem Bundestag, anlässlich ihrer Vereidigung am 24. Juli, hat sie den Freunden und Alliierten Deutschlands drei Grundsätze vorgelegt:

Erstens ist die Bundeswehr die Armee des Parlaments. Diesen Grundsatz hat AKK am Anfang ihrer Rede formuliert und am Ende wiederholt. Sie hat damit die Abgeordneten beruhigt: Jeder Einsatz, der von der Bundeswehr wahrgenommen wird oder werden kann, bedarf eines vom Bundestag definierten und abgestimmten Mandates. Zu einem Zeitpunkt, an dem über eine europäische Verteidigung diskutiert wird und die USA und das Vereinigte Königreich von Deutschland auffordern, sich an einer militärischen Mission im Golf von Oman zum Schutz der Seefahrt gegen den Iran zu beteiligen, war diese Bestätigung wichtig.

Ein zuverlässiger Partner

Der zweite Grundsatz: Deutschland erkennt seine Verantwortung für die Erhaltung eines internationalen Systems, in welchem die Kraft des Rechtes überwiegt gegenüber den Rechten, die die Stärksten für sich beanspruchen. Das setzt nach der Ministerin «ein stärkeres Europa voraus», das solid im transatlantischen Bündnis verankert ist. Sie unterstreicht, dass Deutsch-

land ein verlässlicher Partner ist, der bereit ist, die gemeinsamen Herausforderungen zu bewältigen. Allerdings war dabei nichts Konkretes und nichts wirklich Neues. Die üblichen Ungewissheiten, die aus den Unstimmigkeiten innerhalb der Regierung und der traditionellen Zurückhaltung Deutschlands resultieren, sind unverändert geblieben.

Mit ihrem dritten Grundsatz bestätigte die Ministerin ihre Absicht, die Verteidigungsausgaben auf etwa 2% des BIP anzuheben (was fast einer Verdoppelung des heutigen Budgets gleichkommen würde), wie dies in der Deklaration des NATO-Gipfels in Wales 2014 festgehalten wurde, allerding nicht 2024 wie im Communiqué gefordert, sondern später. Für das Jahr 2024 erwägt sie, wie es die Kanzlerin schon getan hat, eine Erhöhung auf 1,5% des BIP, was schon eine Netto-Verbesserung darstellen würde. Dieser Schritt steht allerdings im Widerspruch mit der mehrjährigen Budgetplanung, die Finanzminister Olaf Scholz, SPD, im Sommer vorgestellt hat. Die uneingeschränkte Ablehnung dieses Projektes durch den Fraktionschef der SPD hat als Antwort auf AKKs Rede im Bundestag nicht auf sich warten lassen. Dieser Konflikt innerhalb der Koalition über die 2% wird in dem Masse zunehmen, wie die Scheidung innerhalb der Koalition sich abzeichnet.

Bevor sie die Nachfolge von Merkel als Kanzlerin antreten kann, hat Kramp-Karrenbauer, Vorsitzende der CDU, also die Leitung dieses grossen Ministeriums übernommen, und dies in einer politischen, nationalen und internationalen Lage, die zahlreiche Risiken birgt und Überraschungen vorbehält. In einer kürzlichen Meinungsumfrage haben sich 70% der Befragten negativ zu ihrer Entscheidung, Verteidigungsministerin zu werden, geäußert. Nur 15% haben sich positiv geäußert. Sie ist eine Optimistin und wird sich sagen, dass die Bewältigung der verschiedenen Hindernisse sie gut für das höchste Amt vorbereiten wird. Allerdings müsste sie ohne weitere Überraschungen erst dahin kommen! ■

Übersetzung ins Deutsche: Sch



Detlef Puhl
Dr.
freier Publizist
Bonn

den Landtagswahlen am 1. September in Sachsen und Brandenburg sowie am 27. Oktober in Thüringen zuspitzen. In diesen drei Bundesländern der früheren DDR nimmt nach Umfragen die rechtsextreme AfD die zweite oder sogar die erste Position ein. Hier wird sie sich, als Chefin der CDU, beweisen müssen. Nachdem sie formell und endgültig jede Zusammenarbeit der CDU mit der AfD ausgeschlossen hat, dürfte die Bildung der Länderregierungen äusserst schwierig werden. Während die AfD in diesen drei Bundesländern noch weiter rechts steht als in der restlichen Bundesrepublik, wird die CDU eingeklemmt sein zwischen dem formellen Verbot seitens ihrer Parteiführung, mit der AfD zusammenzuarbeiten, und ihrer Weigerung, mit der Partei «die Linke» eine Zusammenarbeit einzugehen. Die Linke ist die Erbin der früheren kommunistischen Partei (SED) der DDR, die dort nach wie vor stark verankert ist.

Mit Sicherheit wird eine Zusammenarbeit mit der SPD nicht ausreichen, um Mehrheiten zu bilden. Wo wird folg-